

Geodaten kostenlos

Anknüpfend an die Fachtagung „Geodaten ohne Geodäten“ im Herbst 2006 (VermBB 2/2006) fand am Samstag, den 8. September 2007 zum Abschluss der 14. gemeinsamen Dienstbesprechung der Vermessungs- und Katasterverwaltung und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure eine Podiumsdiskussion zum Thema „Geodaten kostenlos“ statt.

Es diskutierten:

- Dr. Matthias Bachmann, Geschäftsführer bei der GeoContent GmbH
- Dr. Bodo Bernsdorf, Präsident des Deutschen Dachverbands für Geoinformation
- Arnulf Christl, WhereGroup GmbH & Co. KG, Open Source Geospatial Foundation
- Rolf Fischer, Referatsleiter im Ministerium des Innern und Beauftragter für den Haushalt
- Wolfgang Schultz, Vorsitzender der Landesgruppe Brandenburg des BDVI

Moderation:

Heinrich Tilly, Präsident der LGB

Die Podiumsdiskussion wurde mit der Bitte um ein kurzes Statement eröffnet. Herr Christl erläuterte zunächst die Geschäftsphilosophie seines Unternehmens WhereGroup, welche darauf gründet, Dienstleistung für Open Source Software anzubieten. Er verwies auf den Klassiker Linux und unterstrich seine Auffassung, dass mit Freier Software das Thema GIS und damit auch Geodaten eine größere Verbreitung finden können. Eine Entwicklung, die doch wohl jeder Fachmann begrüßt, der von der herausgehobenen Grundlage von Geobasisdaten überzeugt ist. Zwar würden Geodaten nicht kosten-

los produziert, bei der Weitergabe wurde aber auch kein Verlust entstehen, da nur eine Kopie weitergegeben würde. Anders verhält es sich bei sächlichen Gegenständen, die bei den Abgebenden einen Verlust bedeuten, der i. d. R. durch einen finanziellen Ausgleich kompensiert wird. Geodaten spielen zudem noch eine andere Rolle. Bei einer kostenfreien Weitergabe ist die mögliche In-Wert-Setzung volkswirtschaftlich von so großer Bedeutung, dass der dadurch entstandene Mehrwert bei Weitem das übersteigt, was die öffentliche Verwaltung durch den Verkauf dieser Daten eventuell erzielen kann. (Anmerkung der Redaktion: Über diese Geschäftsphilosophie wird in diesem Heft auf Seite 13 berichtet.)

Herr Fischer griff sofort zu Beginn seines Statements die Ausführungen von Herrn Christl auf und ließ keinen Zweifel aufkommen, dass aus der Sicht des Haushälters diese Thesen nicht akzeptiert werden können und setzte ein klares Nein zu „Geodaten kostenlos“. Eine andere Antwort, so Herr Fischer, kann es bei den dramatischen strukturellen Finanzproblemen des Landes nicht geben. Der Staat habe für den Aufbau der Infrastruktur im Geodatenbereich über Jahrzehnte ein Vermögen investiert und es ist zu überlegen, wie eine Refinanzierung zu organisieren ist. Es stellt sich die

Frage, darf der Staat überhaupt Vermögen verschenken? Die Diskussion sollte sich daher ausschließlich damit beschäftigen, worin der Wert der Geodaten besteht und wie hoch das Entgelt bei der Abgabe gestaltet werden sollte. Er verdeutlichte, dass auch die Geodaten Teil einer staatlichen Daseinsvorsorge sind und neue Wege in der Finanzierung der Datenerhebung und des Vertriebs gesucht werden müssen. So ist auch die staatliche Finanzierung von hoheitlichen Aufgaben nicht statisch zu sehen. Private-Partnership-Modelle werden künftig bei der Bewältigung der staatlichen Daseinsvorsorge eine noch größere Rolle spielen. Wenn ein marktgerechter Preis erzielt werden soll, dann muss man sich auch Gedanken über den Aufwand und über die Qualität machen.

Der Moderator leitete zu Herrn Dr. Bernsdorf über. Er habe große Zweifel, so Herr Dr. Bernsdorf, dass mit dem Verkauf von Geobasisdaten auch nur ansatzweise der öffentliche Haushalt saniert werden könne. Auch sieht er nicht in absehbarer Zeit die tatsächliche Aktivierung der von Gutachtern beschworenen 8 Milliarden Euro, die angeblich in Deutschland als Geopotenzial schlummern. Ein Geo-Datum an sich hat für die Wirtschaft zunächst keinen Wert. Spannend und attraktiv wird dieses nüchterne Datum erst, wenn es mit Attributen belegt wird und zwar mit solchen, die nachgefragt werden und die durch die Georeferenzierung eine Aussage und damit einen Wert bekommen. Wir sollten eine kostenfreie Grundversorgung gewährleisten und die Geoinformationen als Infrastrukturmaßnahme des Staates begreifen, ebenso wie die Eisenbahnstrecke auf der er im Zug nach Berlin gekommen ist. Der Moderator fragte, wie er das geschafft habe, er sei noch nie kostenlos mit

der Bahn gefahren. Genau das meine er, so Dr. Bernsdorf, für den Betrieb soll gezahlt werden, aber nicht für die Weiche von 1860. Es kann nicht die Vermessung der letzten 150 Jahre refinanziert werden.

An Herrn Dr. Bachmann richtete der Moderator die Frage, ob sein Unternehmen Google Earth die Daten kostenlos bereitgestellt habe, weil das eben eine gesellschaftspolitische Aufgabe sei.

Nein, so Herr Dr. Bachmann, hier sei mit einem Vorurteil aufzuräumen. Grundsätzlich wird für Geoinformationen seines Unternehmens ein angemessenes Entgelt bezahlt, so auch im Fall von Google Earth. Mit Sorge registriere er Ansätze in den Kommunen, Geodaten kostenlos in anderen Portalen bereitzustellen. In der Regel werden solche Daten nicht gerne kostenlos entgegengenommen und eingestellt, dies verursacht Unsicherheiten bezüglich der Zuverlässigkeit sowie vertragliche Schwierigkeiten. Das Geschäftsmodell von Geo Content ist ein anderes. Sie sehen Lücken in der flächendeckenden Grundversorgung, so dass große Teile von Wertschöpfungen deshalb nicht wahrgenommen werden können. Diese Lücken füllen sie, tätigen große Investitionen und es liegt auf der Hand, dass sich diese Investitionen refinanzieren müssen. Somit kann eigentlich auch der Staat seine Geoinformationen nicht kostenlos abgeben, er würde im privatwirtschaftlichen Umfeld jeglichem wirtschaftlichen Handeln den Boden entziehen. Dabei geht es nicht um die Kostenfreiheit, sondern um ein angemessenes Nutzungsentgelt. Das ist schwierig genug und es lassen sich nicht allgemeingültige feste Modellrechnungen festschreiben. Dazu sind die technischen Entwicklungen zu komplex. Hier ist ein PDA-System zu bestücken, da eine CD für ein einfaches Verfahren bereitzustellen.

Es stellt sich auch die Frage, für welches Geschäftsmodell die Daten bereitgestellt werden und wie belastbar dieses ist. Aus privatwirtschaftlicher Sicht kann man es sich nicht leisten, Datenpools mit hohen Investitionen aufzubauen, um sie dann kostenfrei in die Welt zu bringen. Die öffentliche Verwaltung wäre gut beraten, die weitere Kommerzialisierung von Geoinformationen zusammen mit der Wirtschaft zu betreiben.

Herr Schultz bezog sich in seinem Statement auf Herrn Dr. Bernsdorf und wies auf den ungeheuren Wert der über Jahrhunderte angesammelten Daten hin, die an sich erst dann einen richtigen Mehrwert bekommen, wenn sie veredelt werden. Kurzfristige Refinanzierungshoffnungen politischer Entscheidungsträger werden scheitern und blockieren wirtschaftliche Entwicklungen, die nur mittelfristig gesehen werden können. Die Daten sollten so teuer sein, dass sie marktgerecht sind und die Kette der Veredelung durch die Wirtschaft ermöglicht wird. So können nicht die Entstehungskosten und die Kosten der Laufenthalung umgelegt werden, bestenfalls die Bereitstellungskosten.

Herr Dr. Bachmann begrüßte die Initiativen, Geodaten für einen begrenzten Zeitraum kostenlos zur Erprobung eines Geschäftsmodells bereitzustellen, wies aber gleichzeitig auf zwei große Trends hin, die marktbeherrschend sind. So würden die großen Portale das Informationsbedürfnis des Consumer-Bereichs abschöpfen und zwar durch einen kostenfreien Zugang. Da hätte man mit einem kostenpflichtigen Angebot kaum Chancen. Dann gibt es den professionellen Bereich, der genau spezifizierte Geodatenprodukte nachfragt. Aber selbst da kommt in Summe oft auch nur kleines Geld zusammen. Hier

gilt es, die ganze Breite der möglichen Anwendungen zu erschließen. Das wiederum bedeutet weitere Erschließungs- und Vertriebsleistungen, die ebenfalls Geld kosten. Von besonderer Problematik sind dabei überregionale Märkte.

Herr Dr. Bernsdorf pflichtete Herrn Dr. Bachmann bei und zählte Beispiele möglicher Veredlungsprozesse auf: Geomarketing, Immobilienbereiche, Kreditinstitute, Einsatzleitsysteme. Zukünftig werden auch soziodemografische und sozioökonomische Daten eine große Rolle spielen. Da sind gerade die Vermessungsbehörden in den Kommunen gefordert, wenn sie Kontakt mit den anderen Fachämtern suchen. Dieser Veredlungsprozess ist anzustoßen und auch durch Entgelte zu finanzieren, nicht aber die Grundversorgung, die sollte möglichst kostenfrei bleiben.

Nun lassen sich aber, so Herr Christl, die Geobasisdaten auch nicht kostenlos erheben. Da könnte doch das Verursacherprinzip angewendet werden. Jeder, der eine Veränderung im Raum vornimmt, muss diese einmessen lassen und dafür bezahlen: dieses sei die Finanzierung der Geobasisdaten! Die freie Verfügbarkeit der Geobasisdaten ist auch politisch zu kommunizieren. Bedenken habe er, so Herr Christl, mit dem generellen Verweis auf die Privatwirtschaft als Allheilmittel für viele Frage- und Problemstellungen. Hier fühle er sich, aus der Privatwirtschaft kommend, mit den Belangen des Datenschutzes, der Zuverlässigkeit und Qualität, bei den öffentlichen Einrichtungen besser aufgehoben.

Herr Fischer griff nochmals den Appell an die Politik auf und wies ganz nüchtern auf die knappen Kassen hin. Ein schwieriges Unterfangen, wenn jedes Ressort fachlich fundiert, die Notwendigkeit der

eigenen Mittelverwendung begründet. Es ist immer ein Austarieren von widerstreitenden Interessen und bei dem sehr begrenzten Geld immer ein Kampf. Die kostenlose Bereitstellung lehnte er nach wie vor ab. Auch in der Wirtschaft werden die Grundinvestitionen für die Produktherstellung in den Verkaufspreis eingerechnet. Stellt der Staat Geobasisdaten für eine Wertschöpfungskette bereit, dann soll er auch an dieser Wertschöpfung teilhaben. Es kann nicht sein, dass der Aufwand durch Alle finanziert wird und der Gewinn nur Wenigen zu Gute kommt. Der Moderator wies auf ähnliche Themenfelder hin, wie z.B. Schwimmbäder, Theater, Opern. Einrichtungen, die auch durch Steuergelder errichtet und finanziert werden. Deren laufender Betrieb wird eben auch durch ein Entgelt, den Eintritt, bezahlt.

Herr Christl unterstrich nochmals den Unterschied zwischen einer digitalen Information, die nach der Abgabe nach wie vor beim Hersteller verbleibt und einer Ware, die physisch beim Hersteller nach dem Verkauf nicht mehr vorhanden ist. Dieses sind völlig neue Bedingungen, worauf sich die Wirtschaft einzustellen hat und die neues Denken erfordern. Dabei ist das Copyright ein enorm wichtiger Punkt. Wir würden in Deutschland den Unterschied zwischen einer Urheberschaft und den Copyright-Verwertungsrechten machen. Der Urheber kann von dem Werk, welches er erstellt hat, nicht getrennt werden. In anderen Rechtsräumen, wie im US-amerikanischen System, ist das möglich. Herr Christl sieht in der deutschen Rechtssystematik einen klaren Vorsprung, der in der Informationswirtschaft vieles ermöglichen könnte.

Eine Meldung aus dem Publikum zeigte sich darüber verwundert, dass von kosten-

losen Geodaten gesprochen wird, obwohl der Trend in Deutschland und Europa ein anderer sei. So sei in Deutschland gerade das Urheberrecht dahingehend geändert worden, dass die Rechte der Urheber gestärkt wie auch die Kommerzialisierung dieser Rechte geregelt werden. Es wurde in dem Diskussionsbeitrag auch auf die Gefahr hingewiesen, dass bei der kostenlosen Abgabe die Daten völlig unkontrolliert kursieren, diese veralten und der Nutzer nichts über den Aktualitätsgrad erfahre.

Herr Christl sah darin kein Problem. Erst wenn die Daten frei im Netz stehen würden, könnten Bürger durch die gegebene Transparenz die beste Kontrollinstanz werden. Erfahrungsgemäß würden diese darauf achten, ob die Daten verfälscht sind und Alarm schlagen, wenn die Daten nicht wirklich gut seien. Die Qualität würde durch Öffentlichkeit besser.

Herr Dr. Bachmann bezweifelte, ob sich das noch alles kontrollieren lasse und verwies auf die zunehmenden datenschutzrechtlichen Bedenken, die bei freier Öffnung der Daten in den Medien entstehen können.

Herr Fischer griff die Diskussionspunkte auf und vertrat die These, dass sich der Staat in der Zukunft zunehmend aus der Daseinsvorsorge zurückziehen kann, wenn der Markt ausreichende Angebote macht. Dieses gelte auch für die zuvor genannten Bereiche wie den Katastrophenschutz und allgemeine Grundversorgung.

Dies schränkte Herr Dr. Bachmann ein. Die Sicherstellung der Grundversorgung, insbesondere die Sicherung des Eigentums an Grund und Boden, kann nur durch den Staat erfolgen. Es stelle sich für ihn nur die Frage, wie dieses am kostengünstigsten organisiert werden könne. Für die Zukunft setze er auf kooperative Modelle mit der

Wirtschaft, die nicht zu einer Gefährdung der Grundversorgung führen dürfen. Was ist, wenn z.B. Google Earth das Angebot einfach abschaltet oder nicht mehr fortführt, so Dr. Bachmann. Alle, die auf diese Art der Grundversorgung gesetzt haben, werden dann große Probleme bekommen.

Der Moderator unterstrich die Ausführungen von Dr. Bachmann mit einem Beispiel. Microsoft präsentiere wunderschöne bunte Luftbilder, möglichst als Schrägaufnahmen, um den räumlichen Eindruck besser zu visualisieren. Diese Luftaufnahmen sind für die professionelle Anwendung als Grundlage für die geometrisch exakte Auswertung zur Fortführung der topographischen Karten völlig ungeeignet. Geeignet sind Aufnahmen außerhalb der Vegetationsperiode, als Senkrechtaufnahme, entzerrt mit hoher geometrischer Genauigkeit. Diese sind wiederum für den Massenmarkt ungeeignet, da visuell wenig ansprechend.

Auch Herr Dr. Bernsdorf sieht große Bedenken, wenn die Eigentumssicherung und die allgemeine Grundversorgung über Massenanbieter, die ohne gesetzliche Verpflichtung arbeiten, gewährleistet werden soll.

Herr Christl bezog sich nochmals auf sein Eingangsstatement, in dem er es für außerordentlich wichtig erachtet, dass die öffentliche Verwaltung die öffentlichen Aufgaben in allen Lebensbereichen sauber und effektiv wahrnimmt. Diese Aufgabe wenigen Global Playern zu überlassen, halte er für fahrlässig. Da er sich mit seiner Geschäftsphilosophie hier in der Diskussion noch nicht richtig verstanden fühle, möchte er diese kurz erklären. Er verschenkt Software und verdient Geld damit. Dieser scheinbare Widerspruch erkläre

sich dadurch, dass komplexe Software nicht von allein läuft, egal ob sie proprietär ist oder Open Source. Dienstleistung, Beratung, sorgfältige Implementierung in bestehende GIS - Architekturen ist gefragt, die auch entsprechend bezahlt werden würde. Die kostenlose Nutzbarkeit der Open Source Software spiele gesamtwirtschaftlich nur eine untergeordnete Rolle, die Funktionalität in einem System ist für den Geschäftspartner wichtiger.

Ein Tagungsteilnehmer meldete sich mit der Frage an das Podium, wie in den nächsten Jahren der Trend bezüglich Angebot und kostenlose Nutzung eingeschätzt wird.

Herr Dr. Bernsdorf vermutet, dass sich in der Zukunft viele rechtliche Lücken offenbaren werden und dann ein Gegenstromprinzip einsetzt, vielleicht sogar eine rechtliche Überregulierung, so wie es sich mit dem Satelliten-Daten-Sicherheitsgesetz andeutet. Sein vor wenigen Tagen mit dem Datenschutzbeauftragten aus Schleswig-Holstein geführtes Gespräch bestätigt diesen Eindruck, insbesondere wenn zunehmend hochaufgelöste Luftbilder im Netz zur freien Verfügung stehen. Es muss daher eine vernünftige Balance zwischen den Persönlichkeitsrechten und dem allgemeinen Interesse gefunden werden.

Herr Christl sieht in der Zukunft einen großen Einfluss der Open Source und freien Software Bewegung auf die Wirtschaft. Er verhehle nicht, dass kostenpflichtige Software weniger nachgefragt und somit auch Arbeitsplätze in diesen traditionellen Bereichen gefährdet werden würden, aber eben auch Arbeitsplätze in neuen Bereichen entstehen. Dadurch unterscheidet sich dieser Trend durch nichts, was auch sonst die Märkte und die Gesellschaft regelmä-

ßig verändert. Auf Herrn Dr. Bernsdorf eingehend, sehe er nicht die Gefahr, dass keine freien Geodaten zur Verfügung stehen, wenn rechtliche Bestimmungen dieses in Deutschland einschränken würden. Dann würden diese Daten eben außerhalb Deutschlands ins Internet gestellt. Wir leben in einer globalen Welt, so Herr Christl. Ein Argument, das dafür sorgen wird, dass es keinen Rückschritt gibt, sondern nur eine weitere Entwicklung.

